

Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

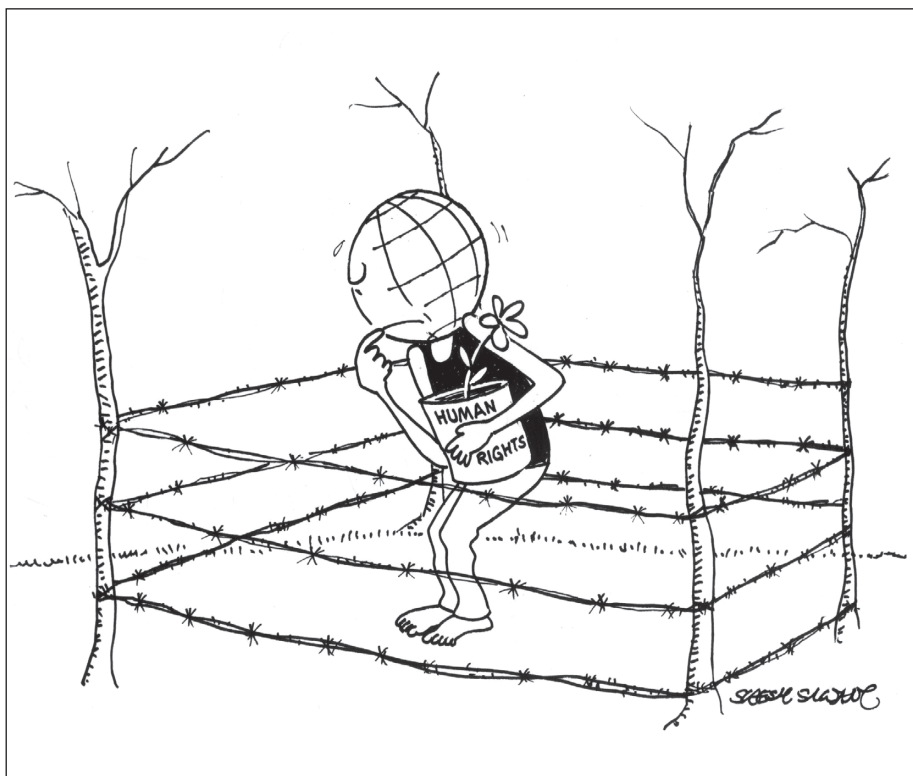
Inhaltsverzeichnis

- 1 Migration und Integration als politische und gesellschaftliche Schlüsselfragen**
- 2 Fakten zur internationalen Migration**
- 3 Forderungen umsetzen**
- 4 Migration als Teil globaler Geschichte und Zukunft**
- 5 Migration ohne Grenzen**
- 8 Europäische Migrationspolitik – Chance für den Süden?**
- 9 Migration steuern – Integration fördern**
- 11 Datenbank Migration**
- 11 „Stell' Dir vor, das wärst Du“ Online-Spiel “Last Exit Flucht”**
- 11 Internationales Jahr der Wüsten und Wüstenbildung 2006**
- 12 Terminhinweis**

Migration und Integration als politische und gesellschaftliche Schlüsselfragen

Bericht der Weltkommission für Internationale Migration in deutscher Übersetzung

*Der Bericht der Global Commission on International Migration (GCIM) „Migration in an interconnected world: New directions for action“ liegt jetzt auch in deutscher Sprache vor; herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN). Mitte März wurde der Bericht von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Bundestagspräsidentin a. D. Rita Süßmuth in Berlin vorgestellt. Der Bericht spricht aktuelle Aspekte der Migrationspolitik an, wie etwa die Einführung von Programmen für temporäre Arbeitsmigration, den Abbau von Hindernissen für die Wanderung Hochqualifizierter; die entwicklungspolitische Bedeutung der Rücküberweisungen der Migranten in den Herkunftsländern, die Steigerung des Entwicklungseffekts von Rückkehr oder “zirkulärer Migration”. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Vorwort von **Prof. Dr. Rita Süßmuth**, Mitglied der 19köpfigen Weltkommission für Internationale Migration.* ck



Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis der 18monatigen intensiven Arbeit der Weltkommission für internationale Migration. Dem ist ein kontinuierlicher Dialog mit Experten, mit Regierungsvertretern, mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft vorangegangen. Bei der Erarbeitung des Berichts haben wir als Kommission unterschiedliche Perspektiven zur Behandlung der Migration kennen gelernt. Auch in der Kommission wurden die unterschiedlichen Erfahrungen und Problemlösungsansätze diskutiert.

Ein zentrales Ergebnis ist, dass Migration weltweit fast alle Staaten betrifft. Migrationsprozesse und deren Auswirkungen machen an keiner Grenze, an keinem Status und an keiner Staats- oder Regierungsform halt und involvieren so viele Menschen, Akteure und Länder wie nie zuvor. Es ist Zeit, dies anzuerkennen und in die Praxis der Migrationspolitik und der damit in Zusammenhang stehenden weiteren Politikfelder umzusetzen. Migration ist ein transnationales Phänomen, und kein Land kann die Probleme allein regeln.

Migration in einer interdependenten Welt. Bericht der Weltkommission für internationale Migration.

Deutsche Ausgabe. Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin, 2006, 88 Seiten, ISBN: 3-923702-99-X.

Kostenfrei zu bestellen bei der DGVN unter info@dgvn.de.

Im Internet zum Download verfügbar: http://www.dgvn.de/pdf/Publikationen/German_%20GCIM-Report.pdf

Englische Originalausgabe:

Migration in an interconnected world: New directions for action. Global Commission on International Migration. Oktober 2005, 90 S. Im Internet zum Download verfügbar (auch in spanisch und französisch) unter <http://www.gcim.org/en/>

Fakten zur internationalen Migration

Wie viele internationale Migranten gibt es?

Es gibt fast 200 Millionen internationale Migranten (2005), die länger als ein Jahr außerhalb ihres Heimatlandes leben, darunter 9,2 Millionen Flüchtlinge. Dies entspricht etwa der Bevölkerung Brasiliens. Migranten machen rund drei Prozent der Weltbevölkerung aus. Ihre Zahl steigt schnell: von 82 Millionen 1970 auf 175 Millionen im Jahr 2000, auf heute fast 200 Millionen. Fast die Hälfte aller internationalen Migranten sind Frauen (48,6 Prozent).

Wo leben die Migranten?

Heute leben rund 60 Prozent aller Migranten in den Industrieländern. Zwischen 1970 und 2000 stieg der Anteil der Einwanderer in Nordamerika von 15,9 auf 22,3 Prozent, in der früheren UdSSR von 3,8 Prozent auf 16,8 Prozent. In anderen Teilen der Welt ist der Anteil der Einwanderer an der Gesamtbevölkerung dagegen gesunken.

56,1 Millionen aller internationalen Migranten leben in Europa (einschließlich des europäischen Teils der früheren Sowjetunion). Sie machen 7,7 Prozent der europäischen Bevölkerung aus. 49,9 Millionen leben in Asien. Sie machen 1,4 Prozent der asiatischen Bevölkerung aus. 40,8 Millionen leben in Nordamerika (12,9 Prozent der nordamerikanischen Bevölkerung), 16,3 Millionen in Afrika (zwei Prozent der afrikanischen Bevölkerung), 5,9 Millionen in Lateinamerika (1,1 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung) und 5,8 Millionen in Australien (18,7 Prozent der australischen Bevölkerung).

20 Prozent aller internationalen Migranten weltweit (rund 35 Millionen) leben in den USA. In der Russischen Föderation leben rund 13,3 Millionen (7,6 Prozent aller Migranten weltweit), in Deutschland 7,3 Millionen (4,2 Prozent aller Migranten). In der Ukraine leben 6,9 Millionen und in Indien 6,3 Millionen Migranten. In einigen Kleinststaaten und Golfstaaten machen die Migranten mehr als 60 Prozent der Bevölkerung aus, so zum Beispiel in Andorra, Macao, Guam, Monaco, Katar und in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Woher kommen die Migranten?

Die größte Diaspora weltweit ist die chinesische mit rund 35 Millionen Auswanderern. Die indische Diaspora umfasst rund 20 Millionen Menschen, die philippinische rund 7 Millionen.

Demografische Auswirkungen

Im Zeitraum 1990 bis 2000 machten internationale Wanderungsbewegungen in den Industrieländern 56 Prozent des Bevölkerungswachstums aus, verglichen mit drei Prozent in den Entwicklungsländern. In Europa waren 89 Prozent des Bevölkerungswachstums auf Einwanderungen zurückzuführen. Ohne diese Einwanderung wäre die europäische Bevölkerung um 4,4 Millionen zurückgegangen. In den USA machten Einwanderungen 75 Prozent des Bevölkerungswachstums aus.

Überweisungen in die Heimatländer

Die formalen Geldüberweisungen der Migranten in ihre Heimatländer betragen im Jahr 2004 rund 150 Milliarden US-Dollar. Weitere geschätzte 300 Milliarden US-Dollar werden auf informellen Wegen in die Heimatländer transferiert. Allein die formalen Überweisungen betragen etwa dreimal so viel wie die öffentliche Entwicklungshilfe. Das meiste Geld floss (2004) nach Mexiko (16 Milliarden US-Dollar pro Jahr), nach Indien (9,9 Milliarden US-Dollar pro Jahr) und in die Philippinen (8,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr). Das meiste Geld kam (2001) aus den USA (28 Milliarden US-Dollar), aus Saudi Arabien (15 Milliarden), aus Belgien, Deutschland und der Schweiz (acht Milliarden).

Flüchtlinge

6,5 Millionen der 9,2 Millionen Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. In Asien machen Flüchtlinge 23 Prozent der Einwanderer aus, in Afrika 22 Prozent und in Europa fünf Prozent. Die meisten Flüchtlinge (über eine Million) leben in Pakistan. Das sind 11 Prozent aller Flüchtlinge weltweit. Zwischen 1994 und 2003 beantragten rund fünf Millionen Menschen in den Industrieländern Asyl. Rund 1,4 Millionen von ihnen (28 Prozent) wurden als Flüchtlinge anerkannt.

Quelle: Migration at a Glance. Report of the Global Commission on International Migration, 2005.

Den Herausforderungen, die sich weltweit stellen, muss durch gemeinsame und kohärente Lösungsansätze begegnet werden. Es gibt ein steigendes Einvernehmen aller beteiligten Akteure darüber, dass rein nationalstaatliche Herangehensweisen bei transnationalen Angelegenheiten nicht effektiv sein können. Dennoch war sich die Kommission darüber einig, dass eine verbesserte Abstimmung und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren, Staaten und internationalen Institutionen geleistet werden muss.

In der Europäischen Union ist eine solche Zusammenarbeit in vollem Gange. Für den Asylbereich wurden gemeinsame Standards entwickelt, für die Integration und Arbeitsmigration gilt die Methode der offenen Koordination. Diese Art der regionalen europäischen Zusammenarbeit hat für manch andere Region in der Welt, so wurde es der Kommission vermittelt, Vorbildcharakter gewonnen.

Die Originalfassung des Berichts der Weltkommission wurde gemäß Mandat am 5. Oktober 2005 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan in New York vorgelegt. Der Bericht enthält wichtige Empfehlungen zur besseren Gestaltung und Steuerung der internationalen Migration durch die verschiedenen Akteure. Die Empfehlungen der Kommission werden bereits bei den Vereinten Nationen bearbeitet. Internationale Migration wird Thema des Hochrangigen Dialogs der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur internationalen Migration und Entwicklung im Herbst 2006 sein. Auch die Ernennung eines Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Migration im Januar 2006 bestätigt den Handlungsbedarf auf internationaler Ebene.

Auch für die verschiedenen Kontinente, für die regionale, nationale, staatliche und zivilgesellschaftliche Ebene enthält der Bericht wichtige Empfehlungen zum

Umgang mit der internationalen Migration. Jeder Akteur im Bereich der Migration ist aufgefordert, sich die Empfehlungen der Weltkommission vorzunehmen und die Möglichkeiten der Umsetzung im eigenen Aktionsradius zu prüfen und in Angriff zu nehmen.

Mit der deutschen Übersetzung des Berichts der Weltkommission für Internationale Migration haben wir nun die Möglichkeit, zahlreiche wichtige Akteure im Bereich der Migration auch in den deutschsprachigen Ländern Europas anzusprechen. Ich hoffe, dass so möglichst viele von dem Bericht Kenntnis nehmen und sich für die Verwirklichung der hier formulierten Empfehlungen und Zielsetzungen einsetzen.

Rita Süßmuth

Prof. Dr. Rita Süßmuth ist Bundestagspräsidentin a. D., Mitglied der Weltkommission für Internationale Migration.

Forderungen umsetzen

Kommentar zum Bericht der Weltkommission für Internationale Migration

Der Bericht der Weltkommission für Internationale Migration (Global Commission on International Migration, GCIM) ist auf ein überaus positives Echo gestoßen. „Selten landen lang vorbereitete Expertisen so punktgenau in der aktuellen Realität wie der Bericht, ...“, schreibt die Frankfurter Rundschau. „Die Weltkommission ... bietet in ihrem Bericht Überraschendes“, kommentiert die Berliner Zeitung. „Migration hat auch positive Aspekte“ – so die Überschrift in der Neuen Zürcher Zeitung.

Der Bericht leistet in der Tat einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Versachlichung der Debatte über Zuwanderung, wie sie nicht nur in Deutschland in diesen Tagen geführt wird. Sehr anschaulich wird deutlich, dass wir in einer Welt der internationalen Migration leben. In vielen Industrieländern ist der Arbeitsmarkt auf Migranten angewiesen und würde ohne sie gar nicht mehr auskommen. Ein besonderer Verdienst der Kommission ist es, Handlungsprinzipien aufzuzeigen. Danach sollte es Menschen ermöglicht werden, dass sie aufgrund freier Wahl und persönlicher Entscheidung auswandern und nicht, weil sie dazu gezwungen sind. Die positive Rolle von Migranten bei der Förderung von Wohlstand und der Verringerung von Armut in ihren Herkunftsländern sowie der Beitrag, den sie zum Wohlstand ihrer Aufnahmeländer leisten, sollte – so der Bericht weiter – anerkannt wer-

den. Die für internationale Migranten geltenden Menschenrechtsvereinbarungen müssten effektiver umgesetzt werden.

Der Bericht liefert umfangreiche Daten und Fakten zur Migration, die Politikern eine wichtige Entscheidungshilfe in der Migrationspolitik sein könnten. Insbesondere müssten sie sich mit den Forderungen und den Handlungsprinzipien auseinandersetzen. Vor allem kommt es darauf an, dass diese Prinzipien umgesetzt werden und dass der Bericht nicht in den Regalen verstaubt. Die internationale Staatengemeinschaft muss sich auf jeden Fall den Herausforderungen der Migration stellen, die der Bericht so anschaulich in einer bisher einmaligen Bestandsaufnahme darstellt.

Kofi Annan hatte bereits vor der Einsetzung der Kommission gesagt: „Einwan-

derer brauchen Europa, aber Europa braucht auch Einwanderer“. Der UN-Generalsekretär sorgt offensichtlich bereits dafür, dass es nicht bei Absichtserklärungen bleibt. Er ernannte jetzt Peter Sutherland, den ehemaligen EU-Wettbewerbskommissar und Leiter der Welthandelsorganisation (WTO), zum ersten UN-Sonderbeauftragten für Migration. Annan beauftragte den Iren, die für September geplanten Sitzungen der UN-Vollversammlung zur Analyse der globalen Migration vorzubereiten. Sutherland sagte nach seiner Ernennung, Migration sei heute eine der großen Triebfedern des wirtschaftlichen Wachstums. Er wolle als Sonderbeauftragter dazu beitragen, diese positiven Effekte der Migration zu maximieren und gleichzeitig mögliche negative Folgeerscheinungen zu minimieren. Dieser „Dialog auf hoher Ebene“ auf der 61.

Ordentlichen Tagung der UN-Generalversammlung über Internationale Migration und Entwicklung soll am 14. und 15. September 2006 stattfinden.

Die Mitgliedstaaten sollen sich nach dem Willen der Vereinten Nationen an diesem Dialog auf der Ministerebene beteiligen. Bei den Diskussionsrunden wird es unter anderem um die Auswirkung der interna-

tionalen Migration auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gehen. Die Migration von Hochqualifizierten soll ein anderes Thema sein. Die Rücküberweisungen der Arbeitsmigranten, die fast das Dreifache der offiziellen Entwicklungshilfe ausmachen, sind ein weiteres Thema, das auf der Agenda steht. Es ist also aufgrund des Berichts bereits Bewegung in die Diskussion um die interna-

nale Migration gekommen, die hoffentlich andauern wird.

Karl-Heinz Meier-Braun

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun ist Leiter des SWR International, Ausländerbeauftragter des Südwestrundfunks und Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Baden-Württemberg.

Migration als Teil globaler Geschichte und Zukunft

Einführung zur Fachtagung „Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen?“ Ende Mai 2006 in Berlin

Die Weltkommission für internationale Migration kommt zu dem Schluss, dass es der internationalen Gemeinschaft nicht gelungen ist, das positive Potenzial internationaler Migration voll auszuschöpfen und sich den Chancen und Herausforderungen, die sie mit sich bringt, zu stellen. Dieser Schluss steht in scharfem Kontrast zu täglichen Diskussionen in vielen Ländern.

In Deutschland werden die mangelnde Integration und die schlechte deutsche Sprachfähigkeit von Ausländern beklagt. In den USA wird um ein neues Einwanderungsgesetz gerungen, mit dem die Migration vor allem aus Mexiko geregelt werden soll. Mit Blick auf afrikanische Länder beklagen Europäer das Flüchtlingelend. Auf dem Balkan, aber auch im Libanon, ist die Rückführung Vertriebener, also von Zwangsmigranten, eine zentrale politische Aufgabe im Rahmen von Post-Konfliktmaßnahmen.

Menschheitsgeschichte als Wanderungsgeschichte

Die Einführung des Berichts beginnt mit dem Satz: Die Geschichte der Menschheit ist immer auch als Wanderungsgeschichte zu verstehen. Dieser Satz beschreibt zwar eine Selbstverständlichkeit, er steht aber im Gegensatz zu prägenden Kategorien und Begriffen des politischen und wissenschaftlichen Denkens, die auch den Alltag der Menschen bestimmen, indem zwischen Einheimischen und Ausländern unterschieden wird. Dabei gab es in der Geschichte Europas Epochen, in denen diese Gegenüberstellung mit einer völlig entgegengesetzten Bewertung verbunden war. In Nordamerika im 18. und 19. Jahrhundert, in Südamerika schon seit der Ankunft von Christoph Kolumbus und in Afrika bis in das 20. Jahrhundert hinein gab es

„Eingeborene“, von denen sich die Migranten im Guten unterschieden. Auch hier zeigt sich globale oder internationale Geschichte, die durch Wanderungen bestimmt war. Die Mehrheit der Historiker aber denkt, forscht und schreibt vor allem seit dem 19. Jahrhundert in Kategorien der Nationalgeschichte, versteht politisch die Welt als ein Geflecht, als ein Machtspiel von Nationen. In diesen Nationen sind die Gesellschaften verhaftet. Wenn Menschen aus anderen Gesellschaften, die zu anderen Nationen gehören, einwandern, können sie im Konfliktfall zurückgeschickt werden in die Gesellschaft, aus der sie kommen. Die betroffenen Staaten haben das zu regeln.

Migration in Brandenburg und Preußen

Dem Verlauf der Geschichte hält dieses Denken nicht stand. In Deutschland gerät, oft mythisch verbrämt, die Völkerwanderung in Erinnerung, aber die liegt 1.500 Jahre zurück. Weniger bewusst ist, dass die Entwicklung der beiden großen Ballungsräume Deutschlands, Berlin und Ruhr, mit je über fünf Millionen Einwohnern ohne Migration nicht möglich gewesen wäre. Brandenburg und dann Preußen gewannen ihre Stärke durch die Hugenotten, die aus religiösen Gründen Frankreich verlassen mussten. Mit dem Namen der Stadt Potsdam ist das Edikt von Potsdam aus dem Jahre 1685 verbun-

den, die Grundlage religiöser Toleranz in Brandenburg und Preußen. Es folgten Zuwanderer aus Polen und Masuren. Nur so konnte Berlin zur Millionenstadt werden, Essen und Dortmund zu großen Industriestädten. Preußen, in dem diese Entwicklung bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte, war ein multikultureller oder multiethnischer Staat.

Migration als Entwicklungsfaktor in den USA

Was mit Blick auf deutsche Geschichte manchen überrascht, ist mit Blick auf die USA konstitutiv für deren Staatsbildung. Geschichte, gegenwärtige Probleme und zukünftige Entwicklung wurden, sind und werden dort durch Migration bestimmt und nicht durch so etwas wie frühe ethnische Verwurzelung. Die USA entstanden durch freiwillige, zum Teil durch absolutistischen Zwang bewirkte Migration aus Europa. Sie lösten ihre ersten Arbeitskräfteprobleme durch Zwangsmigration farbiger Afrikaner, streiten jetzt über die Folgen nicht legalisierter Zuwanderung aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern und werden mit Zuwanderern muslimischer Religion politisch nicht fertig. Trotz all dieser historisch bedingten Probleme hat sich gezeigt, dass zumindest in den Global Cities wie New York Mehrsprachigkeit, auch die unvollständige Kenntnis des Englischen, kein ernsthaftes Problem

ist. Die Stadtverwaltung von New York bietet telefonische Auskünfte in 130 Sprachen an.

Deutschland braucht Migranten

Damit eng verknüpft sind Fragen zur Gegenwart und Zukunft des Umgangs mit Migranten. Dazu gehört, dass Zuwanderung in den USA - wie in der EU vor allem in Spanien - das Sozialprodukt hat wachsen lassen. Der langsame Rückgang der Bevölkerung in Deutschland, vor allem der etwas stärkere in ostdeutschen Regionen oder im Ruhrgebiet, gehören zu den Ursachen von niedrigen Wachstumsraten. Für die Zukunft ist Deutschland auf Migration angewiesen - und Migration wird stattfinden. Die niedrige Geburtenrate der derzeit in Deutschland lebenden Bevölkerung lässt sich über Jahrzehnte nur durch Migration ausgleichen. Auch die Veränderung der Altersstruktur und damit der Anstieg der Nachfrage nach mehr sozialen Diensten erfordern für das entsprechende Angebot die Zuwanderung von Arbeitskräften.

Die politischen, wissenschaftlichen und lebensweltlichen Denkschablonen, die

Gesellschaften an ihre Nationen und an ihren eingegrenzten Raum binden, müssen überwunden werden. Die Kommission zeigt diese Notwendigkeit auf, auch wenn ihre Formulierungen das nicht deutlich werden lassen: Im einundzwanzigsten Jahrhundert sind die Gesellschaften global vernetzt durch Kommunikation mittels Informationstechnologien in Echtzeit, Finanzströme, Handel mit Gütern und Dienstleistungen und eben durch Migranten - zurzeit rund 200 Millionen. Der Begriff der internationalen Staatengemeinschaft dient nicht mehr der Beschreibung weltgesellschaftlicher Realität, denn "Migration ist eine von Natur aus länderübergreifende Angelegenheit, die auf sub-regionaler, regionaler und globaler Ebene der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bedarf, sie ist eben ein weltgesellschaftliches Problem".

Herausforderungen für die deutsche Politik

Das gegen die Realität einer Weltgesellschaft vorgebrachte Argument ist das mangelnder Integration und mangelnder Identität. Doch zumindest auf dem Papier hat die Weltgesellschaft integrierende

Werte gefunden - auch die großen, diese Leistungen vollbringenden Verfassungen sind auf dem Papier entstanden. Die Menschenrechte, konkretisiert im Konzept menschlicher Sicherheit, verbinden alle Menschen. Das gilt, auch wenn es Probleme gibt, menschliche Sicherheit für alle zu realisieren. Die Kommission stellt fest: Es lassen sich immer mehr Unterschiede im Lebensstandard und dem Grad von Sicherheit von Menschen in verschiedensten Teilen der Welt erkennen.

Das hat für die deutsche Politik zwei Handlungsdimensionen: Engagement für globale Entwicklungspolitik in einer gerechten und ökologischen Wirtschaftsordnung jenseits ihrer Staatsgrenzen und die Integration noch benachteiligter Immigranten innerhalb dieser Grenzen. Integration bedeutet für sie einen besseren Lebensstandard und einen höheren Grad an Sicherheit. Dazu kann eine bessere Sprachförderung beitragen, aber sie reicht nicht aus.

Christoph Zöpel

Dr. Christoph Zöpel, Staatsminister im Auswärtigen Amt a. D., ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN).

Migration ohne Grenzen

Visionäre Perspektiven für ein Recht auf Mobilität

*Noch vor einigen Jahrzehnten war Migration kaum ein Thema, das Anlass zur Sorge gab – außer in einigen westlichen Ländern. Heute ist sie zu einem Problemfeld geworden, nicht nur in Europa und Nordamerika, sondern auch in Afrika, Asien und Lateinamerika. Migration ist kein einfacher Süd-Nord-Prozess mehr. 45 Prozent aller Migranten weltweit und 70 Prozent aller Flüchtlinge leben außerhalb Westeuropas und Nordamerikas. Während die Staaten sich um politische Handlungskonzepte bemühen, um mit dem sich schnell ändernden Charakter der Migration umzugehen, stellt **Antoine Pécoud** von der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) die Vision einer Welt ohne Grenzen vor. Wir dokumentieren seinen Beitrag zur geplanten Fachtagung „Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen?“ der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) Ende Mai 2006 in Berlin.*

Migration ist zu einem strukturellen Bestandteil der Globalisierungsdynamik geworden. Es ist unwahrscheinlich, dass sie in den künftigen Jahrzehnten abnimmt. Globalisierung bedeutet auch, dass es außerhalb der Macht einzelner Staaten steht, die Migration zu steuern. Zwischenstaatliche Kooperation ist nötiger denn je – was langsam auch von politischen Entscheidungsträgern, Nichtregierungsorganisationen und Migrationsexperten anerkannt wird. In seinem

Bericht „In größerer Freiheit“ (2005) nannte UN-Generalsekretär Kofi Annan die internationale Migration neben dem Terrorismus eines der beiden Themen, mit denen sich die UN-Generalversammlung spezifisch auseinandersetzen müsse. Er unterstützte auch die Einsetzung der Weltkommission für Internationale Migration, deren Bericht von 2005 Leitlinien bietet, wie die internationale Gemeinschaft Migrationsfragen angehen soll.

UN-Konvention zum Schutz von Wanderarbeitern

Ein wichtiges, aber vernachlässigtes Instrument ist die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familienmitglieder. Dieser Menschenrechtsvertrag ist eine der wichtigsten Initiativen, die die internationale Gemeinschaft bislang in Bezug auf Migration unternommen hat. Er setzt Standards in Bezug auf die Rechte, die

allen Wanderarbeitern und ihren Familienmitgliedern weltweit gewährt werden sollen. Es wird darin festgestellt, dass Migranten eine anerkannte Kategorie von Menschen sind, die besonderen Schutz brauchen. Insbesondere setzt sich die Konvention mit der Situation von Migranten mit oder ohne Papiere auseinander und betont, dass auch Migranten ohne Papiere Menschen seien, deren grundlegende Menschenrechte respektiert werden müssen. Das Übereinkommen ist zwar 2003 in Kraft getreten, doch es wurde bislang erst von 34 Staaten ratifiziert – darunter keinem einzigen westlichen Industriestaat. Den auf Rechten basierenden Ansatz zu Migrationsfragen weiterzuentwickeln, wird deshalb auch bedeuten, dass dieser Vertrag von sehr viel mehr Staaten ratifiziert werden muss.

Migration als Problem?

Eine von der UNESCO in Auftrag gegebene Studie hat gezeigt, dass es nicht nur an Bewusstsein für das Übereinkommen und die darin behandelten Fragestellungen fehlt. Ein Hindernis dafür, dass das Übereinkommen unter den Staaten an Akzeptanz gewinnt, liegt auch in den Ängsten, die mit der Migration verbunden sind. In vielen Ländern wird Migration vor allem als ein Problem verstanden und ruft gemischte Gefühle hervor. Zwar wird teilweise anerkannt, dass Migranten nötig sind, um Arbeiten in wenig attraktiven Wirtschaftssektoren zu verrichten, um demografische Trends der zunehmenden Alterung der Bevölkerung auszugleichen oder um das wirtschaftliche Wachstum in Bereichen wie der Informationstechnologie anzukurbeln. Dennoch wird Migration als eine Bedrohung des Wohlfahrtssystems, des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder der Sicherheit angesehen. Ob dies zutrifft oder nicht, steht zur Debatte. Meistens dienen Migranten nur als Sündenböcke für die Herausforderungen, vor denen die Gesellschaften in einer unsicheren und globalisierten Welt stehen. Doch wo auch immer dieses Klima der Angst herkommen mag, es durchdringt die Migrationsdebatte und verhindert, dass bessere politische Handlungskonzepte entwickelt werden.

Zunehmend restriktive Politik

Dieses Klima lässt sich auch darin beobachten, dass die Staaten eine restriktive Politik einführen, um die Migration einzuschränken und zu kontrollieren. In vielen Regionen werden die Grenzsicherungen verstärkt und sollen 'unerwünschte' Menschen aufhalten. Dazu kommen rigorose Maßnahmen, um diejenigen zu identifizieren, die illegal eingewandert sind, und sie auszuweisen. Die Migranten sind die ersten Opfer einer solchen Politik. Denn solche Kontrollen machen die Migration ohne Papiere riskanter, und sie führen dazu, dass Hunderte von Menschen auf dem Weg in westliche Länder zu Tode kommen. Diejenigen, die schließlich ankommen, leben in prekären Verhältnissen. Es sind Scharen schutzloser Arbeiter, die kaum Zugang zur sozialen Grundversorgung wie Gesundheitsdiensten haben. Dies ist eine wesentliche Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und schafft die Bedingungen für Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung und Fremdenfeindlichkeit.

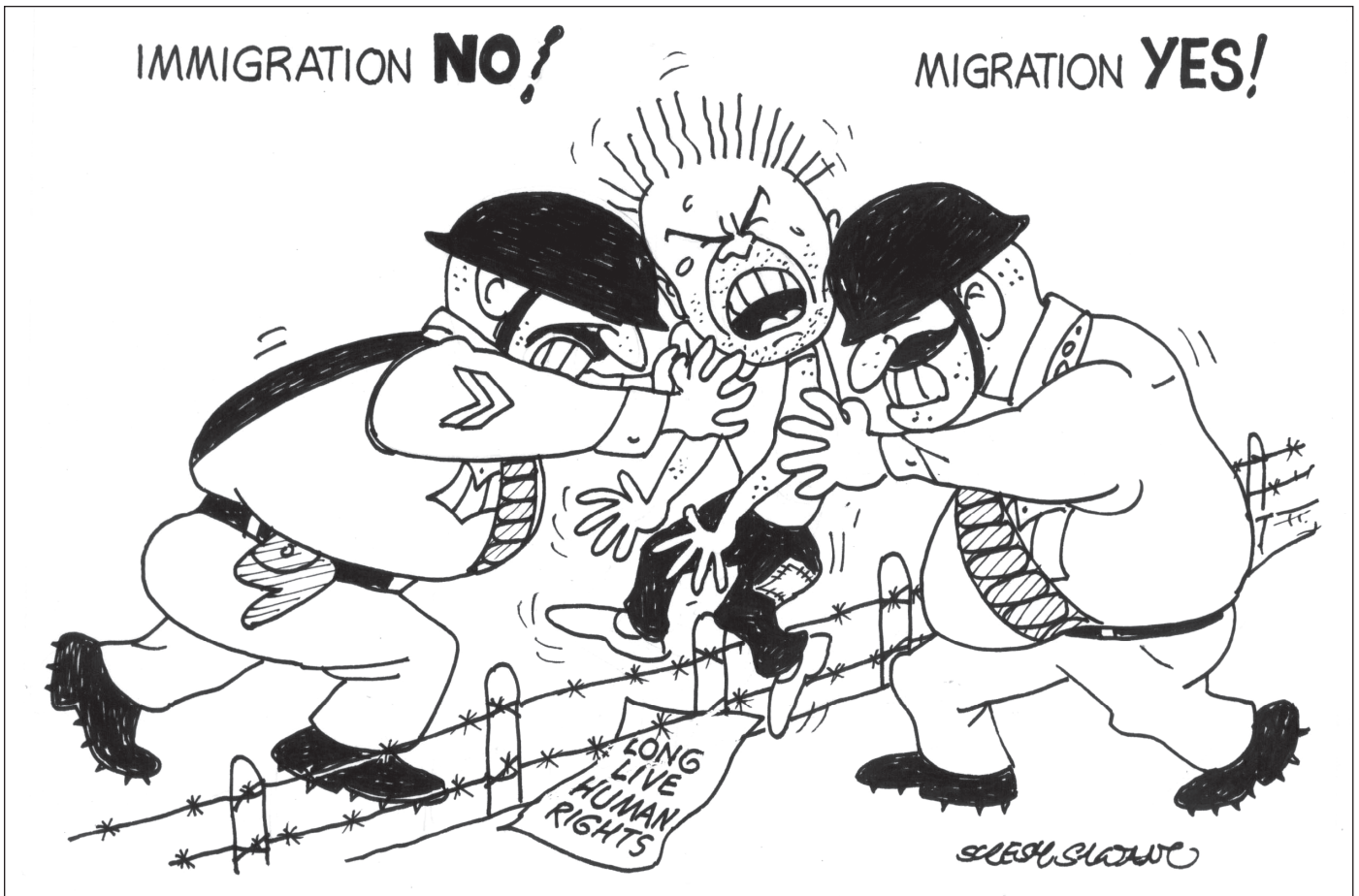
Die Entwicklung der heute immer restriktiveren migrationspolitischen Handlungskonzepte wirft eine Reihe wichtiger Fragen auf. Erstens gibt es ein Kohärenzproblem: In welchem Ausmaß sollten die Staaten an ihrem Kontrollbestreben festhalten, trotz der faktischen Beweise, dass sie dieses Ziel nicht erreichen? Die Kluft zwischen dem, was Politiker behaupten, und der tatsächlichen Situation kann zu politischer Inkohärenz führen. Doch es werden vernünftige und erfolgreiche Konzepte gebraucht, um sich mit den Sorgen der Öffentlichkeit um Migrationsfragen auseinander zu setzen. Weiterhin stellt sich die Frage nach der Nachhaltigkeit der Migrationspolitik. Es ist unwahrscheinlich, dass die Migrantenströme abnehmen werden. Deshalb müssen langfristige Antworten auf die Herausforderungen der Migration angestrebt werden. Statt klare Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, scheint die gegenwärtige Politik jedoch vor allem restriktiv zu reagieren. Doch Mauern zu bauen kann nicht die einzige Lösung sein. Vielmehr werden dadurch indirekt die Mängel der gegenwärtigen Handlungskonzepte anerkannt.

Die menschlichen Kosten der Grenzsicherung

Schließlich werfen die menschlichen Kosten der Grenzkontrollen die Frage auf, inwieweit sie mit den Kernwerten der internationalen Gemeinschaft kompatibel sind. In welchem Umfang können rigorose Grenzkontrollmaßnahmen aufrechterhalten werden und Demokratien gleichzeitig harmonisch funktionieren? Die freiheitlichen Werte und Menschenrechtsprinzipien einer Gesellschaft können an ihren Grenzen nicht enden. Sie müssen Orientierung bieten, wie sich die Länder gegenüber Außensternern, die an ihren Toren ankommen, zu verhalten haben. Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft mit dem Schicksal von Ausländern umgeht, spiegelt schließlich die Werte wider, auf denen sie gründet. Es geht auch um den Preis, in Form von Menschenwürde und Menschenrechten, den die entwickelten Länder für ihre Grenzkontrollen zu zahlen bereit sind. Die Verschärfung der Grenzkontrollen könnte letztlich zurück schlagen und zu einer Bedrohung der liberalen Prinzipien und Freiheitsrechte werden.

„Migration ohne Grenzen“ als Szenario

Um innovative Ideen auf den Weg zu bringen und Diskussionen zu fördern, untersucht die UNESCO das Szenario „Migration ohne Grenzen“. Darin werden die Implikationen erforscht, die mehr Bewegungsfreiheit mit sich bringen würde. Ist es möglich, sich eine Welt vorzustellen, in der die Menschen frei wären, von einem Land in ein anderes zu ziehen? Viele werden sagen, dass dies eine unrealistische Option sei, die massive Ströme von Migranten aus den armen in die reichen Länder generieren würde. Doch stimmt dies so? Die europäischen Erfahrungen zeigen zum Beispiel, dass offene Grenzen die Migration nicht wesentlich verstärkt haben, trotz vieler dahingehender Ängste. Es lohnt sich daher, über die spontane Ablehnung dieses Szenarios hinauszuschauen.



Mobilität als Menschenrecht

Es gibt vor allem zwei Möglichkeiten, diese reflexionswürdige Idee anzugehen. Die erste bezieht sich auf die Menschenrechte. Artikel 13.2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt, dass jeder das Recht hat, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren. Logischerweise sollte das Recht auf Auswanderung ergänzt sein um die Möglichkeit der Einwanderung. Außerdem ist die Mobilität ein Privileg, das unter den Menschen ungleich verteilt ist. Bürger aus reichen Ländern können reisen und sich fast überall auf der Welt niederlassen, während ihre Mitbürger aus den weniger entwickelten Ländern der Unsicherheit, ein Visum und eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, ausgesetzt sind. Die Staatsangehörigkeit ist ein angeborenes Privileg, das schwierig zu rechtfertigen ist. Die Migrationspolitik unterscheidet auch zwischen gelernten und ungelernten Migranten, zwischen Reich und Arm,

manchmal zwischen Männern und Frauen. Doch es besteht ein schmaler Grat zwischen Präferenzen und Diskriminierung und Einschränkungen der Mobilität sind unter Umständen nicht vereinbar mit dem Prinzip der Chancengleichheit. Ein Recht auf Mobilität würde dann das Menschenrecht auf Auswanderung ergänzen, indem es allen Menschen, egal, welche Nationalität, Fähigkeiten oder welches Vermögen sie besitzen, Zugang zu Mobilität verschafft und zu den Ressourcen, die die Migration generiert.

Wirtschaftliche Vorteile der Migration

Der zweite Ansatz basiert auf wirtschaftlichen Überlegungen. Die Arbeiterschaft auf der Welt ist ungleich verteilt, und diese Situation lässt sich vor allem durch Migration ausgleichen. Obwohl Wanderarbeiter heute in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft gebraucht werden, zögern die meisten Empfängerländer, ihre Grenzen zu öffnen. Dies führt unter anderem dazu, dass sich Schattenwirtschaften ent-

wickeln, in denen Wanderarbeiter nicht ausreichend rechtlich geschützt sind.

In einer globalisierten Welt zirkulieren Güter, Information, Geld und Ideen mit Leichtigkeit um den Globus, doch für Menschen gilt dies nur sehr beschränkt. Die Beschränkung der Migration ist alles andere als normale staatliche Politik. Sie stellt eher eine Anomalie dar. Der Trend hin zum freien Handel sollte die Migration einschließen. Dies wäre nicht nur logisch, sondern es würde einen alternativen Weg darstellen, um Entwicklung zu fördern und die Ungleichverteilung zwischen den Ländern zu reduzieren.

Menschenrechte und wirtschaftliche Überlegungen sind vielleicht nicht immer kompatibel. Menschen sind keine Waren, und auch nicht einfach nur Arbeitskräfte. Wenn sie migrieren, so schafft dies eine sozio-kulturelle und politische Komplexität. Gleichzeitig verdienen sie, dass ihre Grundrechte respektiert werden. Politische Handlungskonzepte zu entwickeln, die diese manchmal in Konflikt stehenden Anforderungen in

Einklang bringen, ist eine der schwierigsten vor uns liegenden Aufgaben. Viele Aspekte des Szenarios „Migration ohne Grenzen“ müssen noch diskutiert werden. Was wären z. B. die Auswirkungen auf die Bevölkerungsbewegung, auf „Brain Drain“, wirtschaftliche Entwicklung oder die Integration von Migranten, auf die Wohlfahrt, auf Fragen der Staatsangehörigkeit und auf Nationalstaaten? Wir müssen über die simple Ablehnung dieses Szenarios hinausgehen und seine Implikationen genauer diskutieren.

Von der Utopie zur Realität

Diejenigen, die das Szenario als unrealistisch und utopisch verwerfen, mögen kurzfristig Recht haben. Doch wir sollten uns daran erinnern, dass noch vor wenigen Jahrzehnten auch die Freizügigkeit innerhalb der EU-Länder eine Utopie war. Wer hätte damals gedacht, dass eine Reise von Polen nach Irland so einfach werden würde, wie sie es heute ist? Die

Utopien von heute könnten die Realitäten von morgen werden. Selbst wenn Freizügigkeit nicht sofort erreicht werden kann, sollten wir immer herausfordernde Ideen willkommen heißen, um über die Gegenwart hinauszuschauen und um die dringend nötige Debatte zu migrationspolitischen Handlungskonzepten und Praktiken in Gang zu bringen. Erinnern wir uns auch daran, dass kein Land durch die Schließung seiner Grenzen Fortschritte gemacht hat. Nur allzu oft führt die Abschottung zu gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Stagnation oder zu Menschenrechtsverletzungen. Ein Szenario, das einen kohärenten und moralisch vertretbaren Weg aufzeigt, wie Migration langfristig zu gestalten wäre, kann nicht ignoriert werden, egal wie groß die Herausforderungen sind.

Paul de Guchteneire/Antoine Pécoud

Paul de Guchteneire ist Leiter der Abteilung Internationale Migration und Multi-

kulturelle Politik bei der UNESCO, Paris. Antoine Pécoud ist Experte für Migrationsfragen bei der UNESCO, Paris.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Christina Kamp*

Literatur/Materialien

Paul de Guchteneire/Antoine Pécoud: Migration without Borders: an investigation into the free movement of people. Global Commission on International Migration. Global Migration Perspectives No. 27, Genf, 2005.

Paul de Guchteneire/Antoine Pécoud: Migration, Human Rights and the United Nations. An investigation into the low ratification record of the UN Migrant Workers Convention, Global Commission on International Migration. Global Migration Perspectives No. 3, Genf, 2004.

Weitere Informationen im Internet
www.gcim.org/en/ir_gmp.html

Europäische Migrationspolitik – Chance für den Süden?

„Bonner Impulse“ zur (In-)Kohärenz von EU-Migrations- und Entwicklungspolitik

Bei Migration denken viele an die Bilder von Armutsflüchtlingen, die in den spanischen Enklaven Nordafrikas über Zäune klettern und weniger an die hohen Überweisungen der Diaspora, die höher sind als die Entwicklungshilfe. Doch bei Fachleuten in Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft findet ein Umdenken statt: Sie begreifen Migration zunehmend als Chance.

Dieser Paradigmenwechsel war Thema der Auftaktveranstaltung der „Bonner Impulse 2006“ Anfang April, auf der eine EU-Politik im Interesse des Südens wie folgt charakterisiert wurde: Loskoppelung der Migrationspolitik von der Sicherheitspolitik, stärkere Kohärenz mit der Entwicklungszusammenarbeit, mehr multilaterale Regelungen und Förderung der Diaspora, etwa durch bessere Möglichkeiten der Pendelmigration.

Den entwicklungspolitischen Ansatz, Migration durch Armutsbekämpfung eindämmen zu wollen, stellte Professor Thomas Faist vom Bielefelder Center on Migration, Citizenship and Development durch Daten empirischer Migrationsforschung in Frage: „Je einkommensstärker die Menschen sind, desto eher migrieren sie.“ Arme Bevölkerungsschichten hätten

ohne Geld und Kontakte keine Chance, ihr Land zu verlassen. Die meisten finanziellen Rückflüsse der Diaspora gingen in Länder wie Mexiko oder die Philippinen, nicht in arme Staaten wie zum Beispiel Lesotho. Migration sei nicht ein Problem, das gestoppt werden müsse, sondern sie helfe, Armut in den Ländern des Südens zu bekämpfen.

Migration fördert Entwicklung

Zur Verteidigung der „Festung Europa“ ging es Anfang der 90er Jahre vor allem darum, die Migrationsströme aus dem Süden zu stoppen, erinnerte Faist. Inzwischen werde die Konditionalität von Entwicklungspolitik und Migrationskontrolle zwar erkannt, doch es bestehe ein Missverhältnis bei der Mittelvergabe: 10 Prozent der Gelder für Entwicklungshilfe und 90 Prozent für Migra-

tionskontrolle wie Finanzierung von Grenzpolizei. Faist forderte offene Grenzen für Migranten aus dem Süden, denn das bedeute für die Entwicklungsländer einen Gewinn, der 25mal höher sei als bei freiem Güterverkehr – durch Transfer von Geldern, Wissen und Ideen. Es gelte, die Potenziale der Diaspora z. B. durch Pendelmigration zu stärken, wovon allerdings nur bestimmte Migrantengruppen wie Wissenschaftler profitierten. Für Arbeiter, die ihre Familien mitbringen wollten, sei diese Art der Migration unter Menschenrechtsaspekten eher fraglich.

Für die mobilitätsorientierte Diaspora gelte es, multilaterale Regelungen zur Migration zu treffen, forderte Faist und kritisierte, dass Migrationspolitik bisher vor allem nationale Sicherheits- und Innenpolitik sei. Einig waren sich alle

Diskutierenden, dass ein Dialog verschiedener Akteure über Politikfelder hinweg notwendig sei, um das Potenzial von Migranten zu nutzen.

Innenminister Schäuble habe in seinem Migrationsbericht entwicklungspolitische Aspekte hervorgehoben, betonte Günter Bonnet vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Er kommentierte die Kohärenz von Entwicklungs- und Migrationspolitik: „Es gibt natürliche Interessenkonflikte, aber positive Entwicklungstendenzen“. Bonnet nannte vier Aktionsfelder für eine entwicklungspolitisch orientierte Migrationspolitik der EU: die Verbilligung der Diaspora-Finanztransfers, die Förderung von Pendelmigration, die Bekämpfung von Brain Drain („keine südafrikanischen Ärzte nach Großbritannien“) und die Zusammenarbeit mit der Diaspora.

Für mehr Dialog und Zusammenarbeit

Angehörige der afrikanischen Diaspora hier seien die „besseren Botschafter“, da sie beide Kulturen kennen, versicherte Eugène Richard Gasana, Botschafter der Republik Ruanda und selbst Migrant. Er plädierte für mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit und einen verstärkten Dialog. Seiner Meinung nach hätten deutsche Arbeitslose auf dem „jungfräulichen“ Markt seiner Heimat mit ihrem Know-how eine Chance und forderte andererseits: „Afrikaner sollten in afrikanischen Projekten deutscher NRO arbeiten!“

Auf Dialog und Kooperation setzt auch Ulla Mikota, Geschäftsführerin des deutschen NRO-Verbands VENRO. Sie betonte, dass zwischen den einzelnen Migrantengruppen deutliche Unterschie-

de bestünden, und gab zu bedenken, dass zumeist jüngere Menschen, vor allem Frauen, ihr Heimatland wegen mangelnder Zukunftsperspektiven verließen. 45 Prozent der weltweit etwa 200 Millionen Migranten seien weiblich. Ihnen würde vor allem ein Ausbau legaler Migrationsmöglichkeiten helfen, der auch ein anderes Bild von Zuwanderern in der deutschen Öffentlichkeit und damit bessere Chancen auf ein „normales“ Zusammenleben zur Folge hätte. Es gelte, die EU-Politik kritisch zu verfolgen und den Dialog zwischen Organisationen aus der Entwicklungs- und der Migrationsarbeit zu intensivieren.

Bärbel Röben

Dr. Bärbel Röben ist Journalistin und Medienwissenschaftlerin.

Weitere Information im Internet:
www.bonnerimpulse.de

Migration steuern – Integration fördern

Aus dem Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005

„Migration und Wanderungsbewegungen sind eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Eine gelungene Integration der Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, ist von grundlegender Bedeutung für die innere Verfassung unserer Gesellschaft. Integration kann nur gelingen, wenn Migration gesteuert und begrenzt wird. Die damit verbundenen Aufgaben lassen sich nur durch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen einer Gesamtkonzeption bewältigen. Zur Bekämpfung von Fluchtursachen wollen wir das Zusammenwirken aller Politikbereiche bei der Zusammenarbeit mit Herkunft- und Transitstaaten verstärken und koordinieren und auf europäischer Ebene diese Vorgehensweise unterstützen.

Die Integration von Ausländern und Aussiedlern in die deutsche Gesellschaft ist eine Querschnittsaufgabe vieler Politikbereiche. Sie bleibt ein Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung. Wir werden die Integrationsmaßnahmen auf Bundesebene beim Bundesamt für Migration und Flüchtlin-

ge bündeln und es damit als Kompetenzzentrum für Integration stärken.

Wir werden einen intensiven Dialog mit den großen christlichen Kirchen und mit Juden und Muslimen führen. Ein interreligiöser und interkultureller Dialog ist nicht nur wichtiger Bestandteil von Integrationspolitik und politischer Bildung; er dient auch der Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus. Gerade dem Dialog mit dem Islam kommt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zu. Dabei ist es ein Gebot des wechselseitigen Respekts, auch Differenzen, die die Dialogpartner trennen, eindeutig zu benennen. Dieser Dialog wird nur gelingen, wenn wir insbesondere junge Muslime sozial und beruflich besser integrieren. Die Bundesregierung strebt eine europaweite Flüchtlingspolitik an. Die Regelung des Zugangs von Nicht-EU-Bürgern auf den Arbeitsmarkt muss jedoch den nationalen Regierungen und Parlamenten vorbehalten bleiben. Die Bundesregierung wird ein zweites Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes,

das der Umsetzung von elf EU-Richtlinien im Ausländer- und Asylbereich dient, umgehend in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren einbringen. Die für eine bundeseinheitliche Anwendung des Ausländerrechts erforderlichen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz und zum Freizügigkeitsgesetz/EU sollen schnellstmöglich ausgearbeitet werden. Wir werden das Zuwanderungsgesetz anhand der Anwendungspraxis evaluieren. Dabei soll insbesondere auch überprüft werden, ob eine befriedigende Lösung des Problems der so genannten Kettenduldungen erreicht worden ist. Im Rahmen der Evaluierung ist auch zu prüfen, ob alle Sicherheitsfragen und humanitären Probleme, etwa mit Blick auf in Deutschland aufgewachsene Kinder, wie beabsichtigt befriedigend gelöst sind. Ein Prüfauftrag gilt auch für den Bereich „Illegalität“ und die Frage des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, die keine EU-Bürger sind. Wir wollen die Vorschriften über das Staatsangehörigkeitsrecht präzisieren, um eine einheitliche Verwaltungspraxis in allen Ländern sicherzustellen. Dies gilt insbe-

sondere im Hinblick auf Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit und die Umsetzung des Optionsmodells. Um die Bedeutung der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für den Integrationsprozess zu betonen, soll das Bekenntnis des Einzubürgernden zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in den Verleihungsakt einbezogen werden.

Auch im Visumverfahren muss den gestiegenen Sicherheitsbedürfnissen Deutschlands in besonderer Weise Rechnung getragen werden, indem die Sicherheitsbehörden bei der Visumerteilung angemessen beteiligt werden. Zu diesem Zweck sollen die Erkenntnisse aus dem Visa-Untersuchungsausschuss in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Auswärtigem Amt und Bundesministerium des Innern aufgearbeitet werden. Im Rahmen der Visaerteilung sind Vorkehrungen zu treffen, die eine spätere Identifizierung von Ausländern auch dann ermöglichen, wenn diese ihre Ausweispapiere oder Reisedokumente vernichtet haben. Wir brauchen eine Warndatei aller Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden mit Abfragebefugnissen der Sicherheitsbehörden, um Visamissbrauch und illegale Einreisen zu bekämpfen. Die Bundesregierung wird sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, das für 2006 geplante EU-Visa-Informationssystem entsprechend auszugestalten. Sollten diese Bemühungen bis dahin nicht erfolgreich sein, wird eine nationale Warndatei geschaffen werden.

Wir wollen durch geeignete Maßnahmen die Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern verbessern und praktische Hindernisse der Abschiebung insbesondere von Straftätern soweit möglich beseitigen.

Den Missbrauch von Vaterschaftsanerkennungen zur Erlangung von Vorteilen im Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir durch geeignete Maßnahmen, beispielsweise die Schaffung eines Anfechtungsrechts einer öffentlichen Stelle, unterbinden.

Wir bekennen uns auch weiterhin zu der Verantwortung sowohl für diejenigen

Menschen, die als Deutsche in Ost- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben und in ihrer jetzigen Heimat bleiben wollen, als auch für jene, die nach Deutschland aussiedeln. Dies gilt insbesondere für die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, bei denen das Kriegsfolgenschicksal am längsten nachwirkt. Die Kultur der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen ist ein Bestandteil des Erbes der ganzen deutschen Nation, das wir pflegen und erhalten wollen. Angehörigen der deutschen Minderheit in den Herkunftsgebieten der Aussiedler soll über die Gewährung von Hilfen aus Deutschland, deren Effektivität wir steigern wollen, eine bessere Lebens- und Zukunftsperspektive in den Herkunftsgebieten ermöglicht werden. Auch Schutz und Förderung der anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland, mit denen wir den Dialog über ihre besonderen Bedürfnisse fortsetzen werden, bleiben ein wichtiger Aufgabenbereich der Bundesregierung.

Interkulturelle Kompetenz in der Jugendhilfe stärken

Beim Ausbau und bei der Neukonzeption von Bildungs- und Betreuungsangeboten in und außerhalb der Schule müssen die spezifischen Bedingungen von Migrantenkindern berücksichtigt werden, damit auch sie Chancen auf gute Bildungsabschlüsse haben. Insbesondere die enge Einbeziehung der Eltern durch schulische und außerschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ist für Migrantenkinder wesentlich. Neben einer besseren Kooperation mit Migrantenorganisationen wollen wir die Jugendmigrationsdienste weiterentwickeln. Die Zusammenarbeit der Bildungs- und Betreuungsinstitutionen und der Jugendhilfe im Sinne einer Erziehungspartnerschaft muss verstärkt werden.

Gleichstellung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund

Beim Integrationsprozess von Frauen ausländischer Herkunft stehen ihre

gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben sowie die Vermittlung der deutschen Sprache für den Einstieg in Bildung und Beruf im Vordergrund. Die begonnenen Maßnahmen zur Integration ausländischer Frauen sollen weiter verstärkt und ihre gesellschaftliche und berufliche Integration vorangebracht werden. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern wird als wichtiger thematischer Schwerpunkt in die Maßnahmen zum interreligiösen Dialog aufgenommen.

Zwangsverheiratungen können nicht geduldet werden. Wir wollen Zwangsverheiratungen verhindern und prüfen zu diesem Zweck alle geeigneten Instrumente. Wichtig sind Aufklärungen über Rechte und Pflichten sowie die Stärkung des Selbstbewusstseins und der selbst bestimmten Lebensführung von Mädchen und Jungen. Zur Prävention und Bekämpfung von Zwangsverheiratungen sollen die Rechtstellung der Betroffenen verbessert, Betreuungs-, Beratungs- und spezifische Hilfsangebote sowie Präventionsmaßnahmen ausgebaut werden. Zwangsverheiratungen werden als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen.

Europäische Zusammenarbeit

Zahlreiche innenpolitische Fragen müssen auf europäischer Ebene gelöst werden. Im Bereich der Inneren Sicherheit wollen wir dafür werben, dass alle Mitgliedstaaten sich der erfolgreichen Zusammenarbeit des Vertrages von Prüm anschließen. Wir wollen ferner erreichen, dass die Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems (SIS II) schnellstmöglich den Betrieb aufnimmt. Während der Zeit des Deutschen Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2007 wollen wir bei diesen Vorhaben wesentliche Fortschritte erzielen.“

Quelle: www.bundesregierung.de/Anlage920135/Koalitionsvertrag.pdf

„Stell' Dir vor, das wärst Du“

UNHCR-Online-Spiel über Flüchtlinge

Mit einem Online-Spiel mit dem Titel „Last Exit Flucht“ will das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) Jugendliche ab 13 Jahren für die Situation von Flüchtlingen sensibilisieren. Die Kombination von spielerischer Erfahrung und detaillierter Information soll ein Bewusstsein für die Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingen und die Notwendigkeit von Lösungen für deren Probleme schaffen. Ein Lehrerleitfaden zu „Last Exit Flucht“ enthält zahlreiche Vorschläge für den Einsatz im Unterricht, z. B. Rollenspiele und Gruppendiskussionen zu den jeweiligen Spielabschnitten. Als Ergän-

zung informiert das „Fakten-Web“ über Flüchtlingsfragen und Menschenrechte. Jedem Kapitel des Spiels steht ein eigener Infoteil gegenüber. In Texten und Videosequenzen kommen Flüchtlinge selbst zu Wort und es wird ein Einblick in die Situation in verschiedenen Ländern gegeben. Unter anderem können sich die Spieler über eine Reise von UNHCR-Sonderbotschafterin Angelina Jolie zu sudanesischen Flüchtlingen im Tschad informieren. *Quelle: UNHCR*

Das Online-Spiel im Internet:

www.LastExitFlucht.org

Datenbank Migration

Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen hat neue Daten zur Migration in ihrer Datenbank eingestellt. Die „Trends in the Migrant Stock: The 2005 Revision“ enthalten aktuelle Schätzungen zur Anzahl der internationalen Migranten für einzelne Länder und Regionen für 2005. Die Daten sind nach Männern und Frauen aufgeschlüsselt, außerdem gibt es Angaben über die Zahl und den Anteil der Flüchtlinge. Einen Zugang zur Datenbank gibt es im Internet unter www.unpopulation.org und unter www.unmigration.org. *ck*

Internationales Jahr der Wüsten und Wüstenbildung 2006

Um über die Ursachen und gravierenden Folgen der Wüstenausbreitung zu informieren, haben die Vereinten Nationen das Jahr 2006 zum Internationalen Jahr der Wüsten und Wüstenbildung (IYDD) erklärt. Trockengebiete machen rund 40 Prozent der Landfläche der Erde aus. In Afrika leben 40 Prozent der Gesamtbevölkerung in Gebieten, die von Desertifikation bedroht sind, in Asien 39 Prozent, in Südamerika 30 Prozent. Es sind gerade die Entwicklungsländer, die beson-

ders unter der Zerstörung von Land und Ressourcen leiden: Die 50 am wenigsten entwickelten Länder sind besonders stark von der Desertifikation betroffen. In diesen Ländern nehmen Trockengebiete rund zwei Drittel der Landesfläche ein. Mit dem IYDD wollen die Vereinten Nationen auch über Möglichkeiten informieren, wie Desertifikation wirksam bekämpft werden kann. Alle Mitgliedsstaaten sind aufgerufen, auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene Aktivitäten

zur Öffentlichkeitsarbeit vorzubereiten. Das UN-Sekretariat der internationalen Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD), das seinen Sitz in Bonn hat, wurde von der UN-Generalversammlung mit der Koordination des IYDD beauftragt. *ck*

Weitere Informationen im Internet:

www.unccd.int

<http://www.iydd.org>

<http://www.iydd2006.de>

Migranten in Deutschland 1990 - 2005

Indikator	1990	1995	2000	2005
Geschätzte Anzahl internationaler Migranten Mitte des Jahres (männlich und weiblich)	5.936.181	9.092.443	9.802.793	10.143.626
Geschätzte Anzahl der Flüchtlinge Mitte des Jahres	722.250	1.311.250	940.750	837.516
Bevölkerung Mitte des Jahres (in Tausend)	79.433	81.661	82.344	82.689
Geschätzte Anzahl weiblicher Migranten Mitte des Jahres	2.643.053	4.071.286	4.575.467	4.902.594
Geschätzte Anzahl männlicher Migranten Mitte des Jahres	3.293.129	5.021.158	5.227.326	5.241.032
Anteil internationaler Migranten an der Bevölkerung	7,5 %	11,1 %	11,9 %	12,3 %
Anteil weiblicher Migranten an den internationalen Migranten	44,5 %	44,8 %	46,7 %	48,3 %
Anteil der Flüchtlinge an den internationalen Migranten	12,2 %	14,4 %	9,6 %	8,3 %

Indikator	1990 - 1995	1995 - 2000	2000 - 2005
Wachstumsrate des Migrantenbestandes	8,5 %	1,5 %	0,7 %

Quelle: Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat, Trends in Total Migrant Stock: The 2005 Revision. <http://esa.un.org/migration>, 6.4.2006

Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen?

Internationale Fachtagung am 30. und 31. Mai 2006 im Sitzungssaal des Deutschen Städtetages, Berlin

Dienstag, 30. Mai 2006

- 9.15 Uhr Begrüßung**
Erika Reinhardt, Vorsitzende des DGVN-Beirates für Weltbevölkerungsfragen
- 9.20 Uhr Einführung: Migration als Teil globaler Geschichte und Zukunft**
Dr. Christoph Zöpel, Staatsminister im Auswärtigen Amt a. D., Vorsitzender der DGVN
- 9.35 Uhr Internationale Koordination deutscher Zuwanderungs- und Integrationspolitik**
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern
- 10.00 Uhr Integrationspolitik in Deutschland im Zeichen von demographischer Entwicklung und Globalisierung**
Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- 10.25 Uhr Migration in einer interdependenten Welt: Welche Ziele hat der Bericht der Weltkommission für internationale Migration?**
Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a. D., Mitglied der Weltkommission für internationale Migration
- 11.30 Uhr Koreferate und Einführung in die Diskussion**
Prof. Dr. Josef Schmid, Universität Bamberg und Dr. Bruno Salzmänn, Universität Hannover
- 13.00 Uhr Mittagessen**
- 14.00 Uhr Internationale Migration und Überweisungen: Ein Beitrag zur Überwindung der Armut in den Herkunftsländern?**
Dr. Sabine Schlemmer-Schulte, Max-Planck-Institut, Heidelberg
Diskussion
- 15.15 Uhr Neue Perspektiven der Europäischen Union: Kontrolle der Migration und Politik der Integration**
Katja Tombrock-Söll, Europäisches Parlament, Brüssel
Migration without Borders: New Perspectives for Human Movement
Dr. Antoine Pécoud, Programme Specialist, International Migration Section, UNESCO, Paris
Diskussion
- 16.45 Uhr Ethnic and Religious Segregation in London: Ghettos or Enclaves?**
Prof. Dr. Ceri Peach, University of Oxford
Diskussion

Mittwoch, 31. Mai 2006

- 9.00 Uhr Second Generation Young Adults: Integration Experiences in New York City**
Prof. Dr. John H. Mollenkopf, City University of New York
Diskussion
- 10.45 Uhr Podiumsdiskussion:
Integration oder Parallelgesellschaften? Erfahrungen der Städte in Deutschland - im internationalen Vergleich**
Leitung: Dr. Stephan Articus, Geschäftsführer des Deutschen Städtetages
- Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a. D., Mitglied der Weltkommission für internationale Migration
 - Prof. Dr. John H. Mollenkopf, City University of New York
 - Klaus-Peter Murawski, Bürgermeister von Stuttgart (angefragt)
 - Dr. Barbara John, Beauftragte für Sprachförderung für Migranten bei der Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Sport, langjährige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats
 - Heinz Buschkowsky, Bürgermeister von Berlin-Neukölln
- 12.30 Uhr Schlusswort**

Tagungsort: Sitzungssaal des Deutschen Städtetages, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), www.dgvn.de.
In Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, www.staedtetag.de.

Teilnahme kostenfrei, Anmeldungen bitte an: bevoelkerung@dgvn.de oder Fax (030) 259375-29